

Noch ein Dhimmi-Supermarkt: PLUS goes halal



Auf ein aktuelles Werbeprospekt mit Wurstangeboten des Discounters PLUS macht uns PI-Leser Ludger H. aufmerksam. Er schreibt: „Auf Seite 2 des Prospekts wird ‚Parmak Sucuk‘ angeboten. Wenn man [in das Bild reinzoomt](#), kann man schön erkennen, dass im Zeichen der Hersteller-Firma Halal-Food steht. Darunter wird diese Produkteigenschaft nochmal mit dem Gütesiegel ‚100 % Halal‘ geworben.“

» service@plus.de

Polizei-Klartext zu linker Gewalt in Dresden



Nebst ein paar eingefleischten Neonazis, die die Bombardierung Dresdens für

ihre Zwecke missbrauchen, nutzen die Einwohner Dresdens den Jahrestag der Bombardierung der Stadt als Anlass zu stillem und ehrenvollen Gedenken. Gewalttätiger Missbrauch dieses demokratischen Gedenkens findet vor allem durch linke Störer statt, die von der Politik mehr hofiert als aufgehoben werden. Die Illusion, die Gefahr komme allein von Rechts, muss mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Die Polizeigewerkschaft Sachsen spricht dazu jetzt Klartext.

Die DPolG-Sachsen [schreibt in einer Presseerklärung](#):

Der 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens ist jährlich am 13. Februar Anlass zu stillem und ehrenvollen Gedenken. Dies wird nicht zuletzt durch die Bevölkerung Dresdens, sondern auch durch demokratische Kräfte unseres Bundeslandes und der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, das sich unter diese Demokraten linke Gewalttäter mischten, die weder demokratisch noch friedlich sind und dann auch noch Rückendeckung durch die Medien und Mitglieder des Bundestages bzw. Mitglieder des Landtages erhielten. Das dieser Gedenktag durch rechte aber auch linke Gewalttäter regelmäßig missbraucht wird, ist mittlerweile zum traurigen wiederkehrenden Szenario geworden. Die letzten Jahre, wurden durch dieses Jahr deutlich übertroffen. Linke Gewalttäter brannten Barrikaden ab, Schlugen bei einer Deutschen Bank Scheiben ein, zerstörten Polizeifahrzeuge und griffen in einer menschenverachtenden Art und Weise die eingesetzten Polizeibeamten an, beleidigten und verletzten diese unter dem sehenden Auge von Europaparlamentariern, Bundestagsmitgliedern und Landtagsmitgliedern. Das kein Polizeibeamter schwer verletzt oder getötet wurde ist einmal mehr dem Zufall zu verdanken und zum anderen dem professionellen Agieren der eingesetzten Polizeibeamten vor Ort. Linke Gewalttäter führen den Staat und seine Institutionen an der Nase herum, was nicht zuletzt im vorigen Jahr in Berlin und in Hamburg deutlich geworden ist, und werden in der Berichterstattung in den Medien nicht oder kaum

erwähnt. Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Die Linke“ im Thüringischen Landtag), forderte in Dresden Demonstrationsteilnehmer mittels Megaphon dazu auf, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu begehen. Wir als DPolG-Sachsen sind erschüttert, wie sich vom Steuerzahler bezahlte Demokraten des Bundestages von linken Gewalttätern und Systemgegnern instrumentalisieren und für ihre Zwecke einsetzen lassen.

Wir fordern eine klare öffentliche Abgrenzung von Mitgliedern des Bundestages und der Landtage der Bundesländer von solchen gewalttätigen linken Störern! Es kann und darf nicht sein, dass gewalttätige linke Chaoten sich des Schutzes deutscher Parlamentarier erfreuen!

Natürlich darf nicht vergessen werden, dass Rechtsextremismus in allen seinen Ausprägungen genauso bekämpft werden muss. Hierfür werden von den Polizeien der Bundesländer Sonderkommissionen zur Aufklärung politisch motivierter Gewalt unterhalten, welche in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen Rechtsextremismus, trotz steigender Gewalttaten, ermittelten. Es entsteht aber mehr und mehr der Eindruck, dass linke Gewalt verharmlost wird. Rechte Gewalt wird regelmäßig zum Anlass genommen um Medienwirksam in der Öffentlichkeit zu berichten. Wenn hingegen linke Gewalttäter und Chaoten Polizisten angreifen, ist das öffentliche Interesse zumindest im medialen Bereich eher gering. Wann immer linke Chaoten auf den Plan treten, brennen Barrikaden und Mülltonnen, werden Pflastersteine gegen Polizeibeamte geworfen und damit diese Polizeibeamten in Lebensgefahr gebracht, Polizeireviere angegriffen, ganze Stadtteile verwüstet und hinzukommende Rettungskräfte der Feuerwehr ebenso angegriffen. Wie lange will der Staat dies dem Steuerzahler und den jeweils eingesetzten Polizeibeamten noch zumuten und diese Chaoten in unserem Land wüten lassen? Die DPolG-Sachsen fordert ein massives Einschreiten des Staates und seiner dafür zuständigen Institutionen, wie Polizei und

Staatsanwaltschaft, um auch dieser Form von Extremismus ein Ende zu setzen! Wir sind nicht damit einverstanden, dass Polizeibeamte regelmäßig von solchen Chaoten als Zielscheibe ihres Hasses benutzt werden und dem Steuerzahler durch massive Zerstörungen jährlich immense Kosten zugemutet werden! Wir werden als DPolG dieses Thema nicht aus unserer Aufmerksamkeit verlieren, denn in diesem Jahr stehen noch Einsätze wie der 1. Mai und der Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung an, im nächsten Jahr wieder der 13. Februar in Dresden.

Die Polizeigewerkschaft betont, dass diese Erklärung nicht allein die Meinung des Landesvorsitzenden widerspiegelt, sondern der Meinung der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Die Polizei sei „eine neutrale und parteipolitisch unabhängige Institution, die den Gesetzen und dem gesprochenem Recht Geltung zu verschaffen hat“. Sie beruft sich auch in Dresden auf das Gesetz:

Der §21 des Versammlungsgesetzes besagt: „Wer in der Absicht, nichtverbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Wer zu Blockaden aufruft, macht sich gegebenenfalls gemäß des §111 StGB strafbar. Hier verweisen wir auf das Interview mit dem Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Herrn Christian Avenarius vom 27.01.2010 gegenüber dem „Dresden-Fernsehen“.

Über die ständigen Anfeindungen durch Linke und die Tatenlosigkeit der Politiker enttäuscht und erzürnt, betont die Gewerkschaft: „Die Polizei setzt sich aus Menschen zusammen.“

(Spürnasen: h2so4 und GenGin)

Stottern im Kontrapunkt



Der frühere US-Präsident George W. Bush, auch Oberkommandant der amerikanischen Streitkräfte, hat mit der Tschechei und mit Polen Verträge geschlossen, um auf dem Staatsgebiet der beiden Verbündeten zehn Antiraketen-Raketen, bzw. die dazu gehörigen Radar-Anlagen zu stationieren. Dabei ging es um den Aufbau eines Abwehrschirmes gegen die sich rasant entwickelnde iranische (und nordkoreanische) Raketenindustrie.

(Von Ivan Denes)

In Russland reagierten Regierung und Generalstab [paranoisch](#), als ob die in Polen zu stationierenden amerikanischen Raketen nicht Abwehr-, sondern Angriffswaffen hätten sein sollen. Moskau erklärte die Absicht, als Gegenmaßnahme in der Exklave Kaliningrad (Königsberg) ISKANDER-Raketen zu stationieren. Die [ISKANDER](#) ist eine Kurzstrecken-Boden-Boden-Rakete, ohne Zweifel eine Angriffswaffe. Ein Kommentar dieser russischen Ankündigung, die in sich einer psychiatrischen Untersuchung würdig gewesen wäre, erübrigt sich.

Präsident Barack Obama missbilligt prinzipiell alles, was George W. Bush während seiner zwei Amtszeiten unternommen hatte. Mit großem rhetorischen Aufwand verkündete er einen „Neuanfang“ in den amerikanisch-russischen Beziehungen, verzichtete auf die Aufstellung der Abwehrraketen und Radare

in Polen und in der Tschechei und kündigte fristlos die mit beiden Verbündeten geschlossenen und also geltenden Verträge.

Moskau regierte prompt und erklärte den Verzicht auf die Aufstellung der ISKANDER-Batterien in Kaliningrad. Nun entwickelt sich die internationale strategische Lage nach ihren eigenen, inneren Imperativen und beachtet kaum die Gefühlswelt des Barack Obama, bzw. seine glühende Abneigung gegenüber seinem Vorgänger.

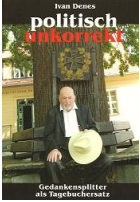
Die USA sind im Rahmen ihrer Bündnisse verpflichtet, ihren europäischen Verbündeten strategischen Schutz zu sichern. Ohne frühere Vorankündigung hat also Washington mit Rumänien die Stationierung von amerikanischen Raketen-Abwehrraketen auf rumänischen Staatsgebiet vereinbart. Verhandlungen werden mit dem selben Ziel laut Presseberichten (und russischen Protesten) auch mit der bulgarischen Regierung geführt.

Es bleibt in den Sternen geschrieben, warum Obama statt Polen und die Tschechei auf Rumänien und Bulgarien umgesattelt hat. Manche Menschen stottern beim Sprechen. Obama scheint beim strategischen Denken zu stottern.

Dass sein Vertragsbruch die Regierungen in Prag und Warschau brüskiert und beleidigt und die Vertrauenswürdigkeit der US-Regierung damit kaum gestärkt hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Tatsache ist, dass Moskau postwendend mit der entsprechenden Drohung im paranoid-stotternden Kontrapunkt geantwortet hat: ISKANDER-Raketen in die Exklave Kaliningrad...

Moskau und Washington stottern sich gegenseitig an, im Kontrapunkt. Offenbar gilt das beflügelte französische Wort, „Plus ca change, plus ca reste la meme chose“ (Je mehr es sich wandelt, desto mehr bleibt es das selbe).



Zum Autor: *Ivan Denes (81), wohnhaft in Berlin, ist Jude und wurde von den Nazis genauso verfolgt wie von den Kommunisten. Am 10. August erschien im WPR-Verlag sein neues Buch „politisch unkorrekt“ (9,80 Euro, 128 Seiten). Kontakt: ivan.denes@t-online.de.*



Düsseldorfer Gerichtsstreit: Islamrat für Kreuze



Die Entscheidung des Gerichtspräsidenten, im neuen Düsseldorfer Gerichtsgebäude keine Kreuze mehr aufzuhängen, hat der Islamrat kritisiert. Ihr Vorsitzender, Ali Kizilkaya (Foto), unterstützt die Verfechter des Kreuzes in deutschen Gerichten. „Die weit über ein Jahrtausend gewachsene abendländische Tradition verdiene allemal so viel

Respekt, dass man ihre Symbole achte“. Blöd für SPD und Grüne, die über die Entscheidung begeistert waren.

Es ist verständlich, dass einem ausgewiesenen Islamisten an der Stärkung zunächst aller Religionen gegenüber dem säkularen Staat gelegen ist. Später kann er sich dann auf die Stärkung allein des Islam konzentrieren. Ein Zeichen für besonderes Wohlwollen der hiesigen Moslems gegenüber dem deutschen Staat, wie die WELT [freudig vermutet](#), ist das nicht.

Bemerkenswert ist die Intervention des Islamrats in diesem Streit, weil sich Muslimverbände anderer europäischer Länder oft gegen christliche Symbole im öffentlichen Raum aussprechen. Die deutschen Verbände hatten sich in dieser Frage bislang nicht eindeutig festgelegt. Kizilkaya gilt jedoch als Fürsprecher einer interreligiösen Allianz gegen die Säkularisierung der Öffentlichkeit. Diese erkennt er aber nicht nur im Verzicht auf Kreuze, sondern auch im Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen.

Eben. Nur um die Stärkung der Religion geht es. Ich geb Dir Dein Kreuz, Du lässt mir mein Kopftuch. Kizilkayas drei Töchter tragen alle Kopftuch.

Kreuze sollten die Wände deutscher Gerichtssäle auch weiterhin schmücken. Das fordert der Islamratsvorsitzende Ali Kizilkaya im Gespräch mit WELT ONLINE. Er sei überzeugt, dass „ein Kreuz an der Wand keinen Richter davon abhält, nach Maßgabe des deutschen Rechts zu urteilen“, so Kizilkaya. Außerdem verdiene die „weit über ein Jahrtausend gewachsene abendländische Tradition allemal so viel Respekt, dass man ihre Symbole achtet“ – auch wenn er selbst sich mit anderen Symbolen identifiziere. Deshalb rate er persönlich davon ab, das Kreuz in Gerichten abzuhängen.

Taqiyya in Reinkultur!

(Spürnase: Rainer P.)

Malaysia: Prügelstrafe für vorehelichen Sex



Wieder einmal wurde bestätigt, dass das Ausbreiten des Islam mit der Missachtung von Menschenrechten einhergeht: Zum ersten Mal wurde drei Frauen in Malaysia mit Stockhieben wegen vorehelichen Geschlechtsverkehr [bestraft](#). Nach Angaben von Innenminister Hishammuddin erhielten zwei der Frauen sechs, eine vier Stockhiebe. Die Männer wurden ebenfalls verurteilt.

Damit aber ja kein falscher Eindruck über die guten Absichten der malaysischen Regierung entsteht, plant sie eine Informationskampagne – sonst könnte es schließlich passieren, dass der Rest der Welt auf die Idee kommt, der Islam sei nicht die Religion des Friedens:

Die Regierung Malaysias hat eine Prügelstrafe für Frauen als pädagogische Maßnahme verteidigt. Nach islamischem Verständnis gehe es nicht um Bestrafung der Frauen, sondern darum, die Betroffenen zu „erziehen“ und zur „Reue zu bewegen“, sagte der stellvertretende Premierminister Muhyiddin Yassin.

Zugleich kündigte der Politiker eine Informationskampagne der Religionsbehörden an, um die internationale Öffentlichkeit

über das Wesen der Prügelstrafe aufzuklären. „Das ist wichtig, damit kein falscher Eindruck von unserem Land entsteht.“ Auch Familienministerin Shahrizat Abdul Jalil betonte, die an den drei Frauen vollzogene Prügelstrafe stehe im Einklang mit dem islamischen Schariarecht.

(Text: Fliegenfänger)

Pro NRW verabschiedet Landtagswahlprogramm



Gestern Abend fand in Leverkusen der Parteitag der Bürgerbewegung Pro NRW statt. Knapp 200 Delegierte waren ins Leverkusener Forum gekommen, um über das vom Vorstand vorgeschlagene Programm für die Landtagswahlen am 9. Mai abzustimmen. Prominente Redner des Parteitags waren der schwedische Millionär Patrik Brinkmann, Andreas Mölzer (FPÖ) und Hilde Delobel (Vlaams Belang).

Vor Beginn des Parteitages hatten Antifa-Gruppen aus Wipperfürth und Leverkusen versucht, sich vor dem Forum zu positionieren, um den Delegierten den Zutritt zum Veranstaltungssaal zu verwehren. Erfolglos, denn die Leverkusener Polizei schirmte das städtische Kongresszentrum

weiträumig ab.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Ronald Micklich und der Rede des FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer wandte sich Patrik Brinkmann an das Publikum.

Auszüge:

(...) Der Islam, liebe Freunde, das muss man hier in Klarheit sagen, der Islam ist eine undemokratische, unfreiheitliche Religion, die die Aufklärung verpasst hat. Für uns Europäer gibt es eine Trennung von Kirche und Staat, für uns Europäer gibt es die unveräußerlichen Menschenrechte, für uns Europäer gibt es die Emanzipation, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wir lehnen eine Religion ab, die Frauen wie ein Stück Dreck behandelt, wir lehnen eine Religion ab, die einen Dschihad einen heiligen Krieg gegen das Abendland aufruft.

Wir werden hier nicht unter dem Gesetz der Scharia leben. Für uns gilt der Geist des Grundgesetzes. Welcher Muslim kann denn den Satz unterschreiben: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ist die Würde von verschleierten Frauen unantastbar für die Muslime, die in völliger Rechtlosigkeit leben? Ist die Würde von jungen Mädchen unantastbar, die an lüsterne alte Männer verheiratet werden? Ist die Würde von jungen Männern im Islam antastbar, die zu kleinen Machos verzogen werden, weil der Islam ein grausames, mittelalterliches Frauenbild pflegt?

Als Europäer wollen wir so etwas nicht in Europa! Wir wollen nicht die Türkei in der EU haben und wir wollen nicht, dass Deutschland zu einem Außenposten der Türkei wird. Wir lehnen es ab, dass die türkische Religionsbehörde unser Land kolonisiert: Das ist der Grund, warum wir eine demokratische Rechte in Deutschland etablieren wollen, das ist der Grund, warum ich Pro-NRW hier bei dieser Wahl viel Erfolg wünsche.

Wir wollen, dass sich Migranten hier so benehmen, wie es in diesen Breiten üblich ist. Die Mitte Europas ist christlich

und sie soll christlich bleiben.

Unser Motto ist das Motto der FPÖ: Abendland in Christenhand. Es ist ein schönes Symbol, dass die Pro-Bürgerbewegung in Köln geboren ist. Denn Köln ist mit seinem stolzen Dom ein Zeichen für das christliche Abendland. Es kann nicht sein, dass zukünftig der Ruf des Muezzins über die Dächer Nordrhein-Westfalens schallt.

Wir wollen, dass die Glocken weiter über unserer Heimat klingen. Modern ist eine Rechte, wenn sie sich an einige Grundsätze hält: Wir lehnen Gewalt ab. Wer Freiheit will, lehnt Gewalt ab. Wir sehen das Judentum als einen Teil der abendländischen Kultur an. Wer Antisemit ist, der kann kein wahrer Patriot sein. Wir brauchen eine Rechte ohne Antisemitismus.

Die ganze Rede kann man sich hier anschauen (leider in schlechter Bildqualität):

Auch der Pro-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht ging in seiner Grundsatzrede auf die wesentlichen Forderungen der Bürgerbewegung zur Landtagswahl ein: der Kampf gegen Islamisierung und Überfremdung, das Streiten für mehr öffentliche Sicherheit und Transparenz in der Landespolitik, für mehr Meinungsfreiheit und die Rückkehr zu traditionellen und erprobten Werten in Bildung, Kultur und Erziehung. „Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen brauchen ein rechtsdemokratisches Korrektiv, weil alle etablierten Parteien nach links gerückt sind und sich inhaltlich immer mehr angleichen“, betonte Beisicht unter dem Applaus der Anwesenden.

Viel Zustimmung erhielt der frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Torsten Lange (Bonn), für seine Rede. Auszug:

Ich bin ein gelernter 68er, ein gelernter Grüner. Und ich

weiß, wie man eine Kulturrevolution organisiert hat. Ich war daran beteiligt. Und es ist entscheidend, dass wir daraus lernen, von der 68ern, nicht nur auf Gegebenheiten des Alltags zu reagieren, nicht nur gegen etwas zu sein, sondern eine Strategie zu entwickeln, wie man die Köpfe der Menschen erreicht. Und wo anders kann das beginnen als im Schul- und Hochschulsystem, denn dort hat die Kulturrevolution stattgefunden. Es gab den Spruch der 68er: Wer erzieht die Erzieher! Ein sehr intelligenter Spruch – wenn man auf der richtigen Seite steht.

Hier die vollständige Rede von Torsten Lange:

In der anschließend geführten Programmdiskussion gab es zahlreiche Wortmeldungen der Mitglieder der Programmkommission und anderer Parteitagsteilnehmer. In der Diskussion zeichnete sich eine große Zustimmung zum Wahlprogramm ab, was sich dann auch in der Abstimmung widerspiegelte: Die Delegierten des Parteitages verabschiedeten einstimmig das vom Vorstand vorgeschlagene Programm.

Auf dem Programmparteitag wurden auch die Plakate für die Landtagswahl vorgestellt:



Fotos vom Parteitag:

Weitere Videos vom Programmparteitag:

- » [Eröffnung](#)
- » Rede von Markus Beisicht, [Teil 1](#) – [Teil 2](#) – [Teil 3](#) – [Teil 4](#) – [Teil 5](#)
- » Rede von Andreas Mölzer, [Teil 1](#) – [Teil 2](#)
- » [Markus Wiener zur Sozial- und Wirtschaftspolitik](#)
- » Manfred Rouhs zur Programmkommission [Teil 1](#) – [Teil 2](#)
- » [Schlußansprache von Markus Beisicht](#)

» [Singen der Deutschen Nationalhymne](#)

Presseberichte:

» STERN: [Zu Besuch bei den Islamhassern](#)

» n-tv: [Wilders-Kopie kommt von rechts](#)

» n-tv: [Ein deutscher Wilders vorstellbar?](#)

» ZEIT: [Wenn Rassisten zum Wahlkampf rüsten](#)

(Fotocredit: Martin S. und Michael W.)

Mut zahlt sich aus



Dem Gejammer der Gutmenschen und der Hetze der Medien zum Trotz erkennen die deutschen Wähler den Mut von Außenminister Westerwelle an, auszusprechen, was 76% der Deutschen zwar für inhaltlich richtig, 69% aber für gefährlich laut zu sagen halten. In der Sonntagsfrage legt die FDP um zwei Punkte auf 10% zu.

Die [Rheinische Post](#) berichtet:

Im Vergleich zum Deutschlandtrend vom 4. Februar 2010 legt die FDP um zwei Prozentpunkte, die SPD um einen Prozentpunkt zu. Die Union verliert zwei Prozentpunkte, die Linke einen Punkt. Die Stimmen für die Grünen bleiben unverändert, wie eine Infratest-Umfrage im Auftrag des ARD-Morgenmagazins

ergab.

Nach Einschätzung eines Emnid-Meinungsforschers ist Westerwelle von seiner grundsätzlichen Haltung her bei den Deutschen mehrheitsfähig. „Er macht allerdings den Fehler, ein Pauschalurteil über alle Hartz-IV-Empfänger zu fällen“, sagte er der „Bild“.

Die Bürger sind gespalten: 69 Prozent der Deutschlandtrend-Befragten gab laut Infratest-Umfrage an, dass ihrer Meinung nach die von Westerwelle begonnene Diskussion über Sozialleistungen die FDP beschädige. Gleichwohl sind jüngsten Emnid Zahlen zufolge 76 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Westerwelle Recht hat, wenn er sagt, dass Arbeitnehmer mehr verdienen müssten als Arbeitslose. Zweidrittel glauben demnach, dass im Falle einer Hartz-IV-Anhebung Empfänger kaum mehr daran interessiert wären, eine Arbeit aufzunehmen.

In die Hände spielt Westerwelle offenbar der Zeitpunkt der Debatte über den Sozialstaat: Die Angst vor Arbeitslosigkeit sei nie größer gewesen und habe mittlerweile auch obere Bildungsschichten erfasst. Rund 90 Prozent glaubten in Zukunft an weniger Bares, erklärte der Emnid-Experte dem Bericht zufolge.

FDP-Chef Guido Westerwelle war in den vergangenen Tagen trotz massiver Kritik seinem markigen Kurs treugeblieben. „Ich bleibe dabei: Leistung muss sich wieder lohnen. Wer arbeitet muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet“, sagte Westerwelle etwa beim politischen Aschermittwoch seiner Partei im niederbayerischen Straubing.

Die meisten Bürger, so belehrt uns die RP im selben Beitrag, hätten für die Äußerungen von Westerwelle nichts übrig, und nur er selber wisse, was ihn geritten habe, im Zusammenhang mit dem Sozialstaat von „spätromischer Dekadenz“ zu sprechen. „Bürger“ muss man hier wohl durch „Qualitätsjournalisten“ ersetzen, wie die von der RP gleichzeitig genannten Zahlen

belegen. Dreiviertel der Bürger wissen offenbar sehr wohl, was gemeint ist. Nur unsere Journalisten sind wieder einmal schlauer als 76% der Bürger.

Elton John: „Jesus war ein Schwuler“



Der britische Popstar Elton John (Foto), selbst ein bekennender Homosexueller, [meint über Jesus](#): „Ich denke, Jesus war ein mitfühlender, super-intelligenter schwuler Mann, der die menschlichen Probleme verstand. ... Jesus wollte, dass wir lieben und vergeben“ – sogar am Kreuz. Abgesehen vom Adjektiv des Anstoßes, ist an der Aufzählung nichts auszusetzen. Obwohl sich einige Katholiken über den „schwulen“ Jesus bereits aufgeregt haben, ist für das Christentum die sexuelle Ausrichtung letztendlich nicht Matchentscheidend.

Was wir sicher wissen und was viel wichtiger ist: Jesus predigte die Liebe Gottes für alle Menschen. Da Elton John von Jesus gesprochen hat, muss er wegen seiner Aussage auch nicht um sein Leben fürchten. Zum Glück für ihn ist Elton John kein Moslem und interpretierte mit seiner Aussage nicht den Propheten.

(Spürnase: delablake)



Zerstörer Jamaran – Iran baut erstes Kriegsschiff



Die nationale iranische Marine hat gestern [das erste Kriegsschiff aus eigener Produktion](#) in den Dienst gestellt. Bei der Einweihung am Persischen Golf nahm auch das geistliche Oberhaupt der islamischen Republik, Ayatollah Ali Chamenei, teil. Der [Zerstörer „Jamaran“](#) ist mit neuester Militärtechnik ausgestattet wie Torpedos und Radaranlagen. Die Welt reagiert zwar mit „Verärgerung und Besorgnis“ auf den Bericht der UN-Atomenergiebehörde IAEA, nach dem Teheran bereits an einer Atomwaffe arbeiten könnte, aber dabei hat es sich momentan auch mit den Gegenmaßnahmen.

(Spürnase: Ulrich)

Balkenende am Ende: Neuwahlen in Niederlanden



Sehr frohe Kunde mit unabsehbaren Folgen erreicht uns aus unserem Nachbarland Niederlande. Dort ist das Kabinett Balkenende [geplatzt](#). Es zerbrach letztlich an der Frage, ob niederländisches Militär noch länger im zentralafghanischen Uruzgan bleiben soll. Die Minister der PvdA (vergleichbar mit der SPD), die für einen unbedingten Rückzug aus Uruzgan waren und sich damit nicht durchsetzen konnten, verließen die Koalitionsregierung.

Geert Wilders hatte das Ende der Regierungskoalition vorgestern exakt für den Folgetag (gestern) angekündigt und erntete damit noch Dementis und abwertende Bemerkungen. Gestern war es dann soweit.

Spätestens 83 Tage, nachdem die Königin die Entbindung des Kabinetts unterzeichnet hat, müssen Neuwahlen abgehalten werden bzw. worden sein.

Geert Wilders hat beste Chancen, die Politik seines Landes ab sofort sehr maßgeblich mitzubestimmen, und man darf gespannt sein, welche Auswirkungen dies dann auf das gesamte europäische Politikgefüge hat.

Der Prozeß gegen Wilders rückt damit als politischer Prozess und als Versuch, ihn doch noch „rechtzeitig“ mundtot zu machen, in ein ganz grelles Licht.

Sehr spannende Zeiten in Europa!

(Text: Andreas F. / Spürnasen: Christian J., AlterQuerulant, Daniel Katz)